

Koalition soll weitere zehn Monate gut arbeiten

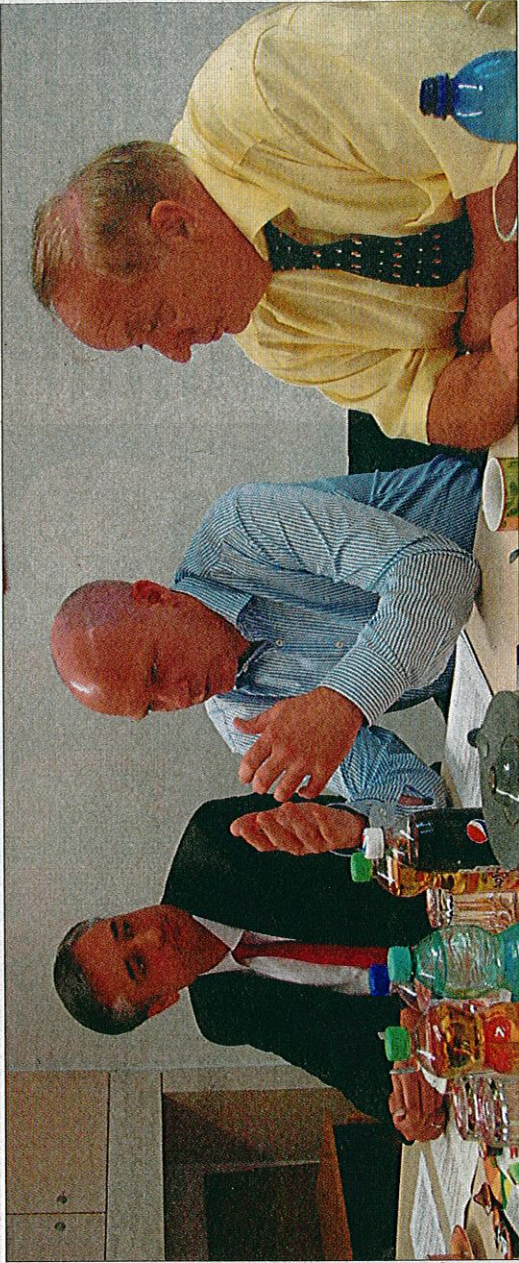
SPD-Fraktion spricht über erfolgreiche Zusammenarbeit mit der CSU und Wohnungsbau

Regensburg. „Die Koalition ist gut. Die wollen wir nicht aufkündigen.“ Das bestätigten Bürgermeister Joachim Wolbergs und der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Hartl am Dienstag vor Journalisten. Es habe in den letzten fünf Jahren stabile Verhältnisse gegeben und es sei viel erreicht worden. Das möchte die SPD auch in den verbleibenden zehn Monaten beibehalten. Zum Wohl der Stadt. „Auch, wenn das viel Leidensfähigkeit abverlangt“, wie Wolbergs sagte.

Die Stadtratsfraktion hatte eingeladen zu einem Pressegespräch, bei dem einige Standpunkte der SPD klargestellt werden sollten. Hauptthema war die Wohnungspolitik, die derzeit nicht im Sinne der SPD gestaltet wird.

Neuer Stadtrat sollte Stadtbau-Geschäftsführer selbst wählen

„Ich hatte vorgeschlagen, den Geschäftsführer der Stadtbau GmbH für ein weiteres Jahr zu wählen, statt für fünf“, sagte Wolbergs. Dann hätte der neue Oberbürgermeister die Möglichkeit, sich selbst für einen Geschäftsführer zu entscheiden. „Das wurde im Aufsichtsrat nicht berücksichtigt.“ Das habe nichts mit der Person des Geschäftsführers Joachim Becker zutun, der das umsetzte, was der Aufsichtsrat vorgebe, bestätigte auch Hartl. Aber ein neuer Stadtrat habe wohnungspolitisch neue Ziele und damit müsse ein Geschäftsführer einverstanden sein. Unzufrieden ist die Fraktion mit Mieterhöhungen durch die Stadtbau. Der Stadtrat hatte im April beschlossen, Mieterhöhungen auf 15 Prozent zu begrenzen. „Die Stadtbau hat kürzlich jedoch Mieten um bis zu 20 Prozent



Dr. Thomas Burger, Joachim Wolbergs und Norbert Hartl (v.l.) sprachen über die Koalition und nötige Änderungen beim Sozialen Wohnungsbau. (Foto: bd)

erhöht“, monierte Norbert Hartl. Ein Antrag der SPD, rückwirkend diese Erhöhung zurückzunehmen, wurde abgelehnt.

Grundsätzlich sollte die Stadtbau bei Generalisierungen keine Neumietverträge vergeben, forderte Wolbergs. Dadurch würden alteingesessenen Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt. Die SPD habe bereits im Dezember 2012 einen Antrag gestellt, dass nur die sanierungsbedingten Mehrkosten verlangt werden dürften. Dieser wurde mehrheitlich abgelehnt. Ebenso ein gleichlautender Antrag letzte Woche im Beteiligungsausschuss. „Es ist eine Mär“, sagte Wolbergs, dass die Stadt Mieterhöhungen mit mehr Wohngeld ausgleiche.

Oberstes Ziel muss sein, bezahlbare Wohnungen zu schaffen

Es gebe eine Obergrenze beim Mietzuschuss. Wer die Miete nicht zahlen könne, müsse sich eine Klei-

neren Wohnung suchen. Die Vermieter würden dann den Wohngeldzuschuss in voller Höhe ausnutzen und damit die Miete maximal ausreizen. Dadurch würde dann auch der Mietspiegel erhöht, sagte Wolbergs. Ein weiterer Antrag sei im Beteiligungsausschuss ebenfalls abgelehnt worden. Die Modernisierungsumlage bei der Stadtbau von maximal elf auf neun Prozent zu senken.

Das oberste Ziel der Stadtbau müsse sein, bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Wenn dabei eine schwarze Null herauskomme, sei das gut, aber nicht dringend nötig. Es könne auch vorkommen, dass die Stadt Zuschüsse geben müsse. Die Wohnungen der Stadtbau müssten nicht möglichst billig sein, aber sie dürfe kein Vorreiter bei Mieterhöhungen sein.

Damit möglichst viel Wohnraum geschaffen werden kann, plädiert Hartl dafür, dass die Stadt die Grundstücke der Pionierkaserne und der Leopoldkaserne kauft.

„Das Vorkaufsrecht sollte genutzt werden.“ Auf eigenen Grundstücken habe die Stadt mehr Handlungsmöglichkeiten. - bd -